

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gefaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Pannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Nr. 210.

53. Jahrgang.

Nr. 58.

Sonnabend, den 19. Mai

1906.

Stadtanlagen, Einkommen- und Ergänzungssteuer betreffend.

Am 15. Mai dieses Jahres ist der 2. Anlagentermin auf das Jahr 1906 fällig gewesen.

Es wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß zur Zahlung desselben eine 3 wöchige Frist nachgelassen ist und daß hiernach gegen säumige Zahler ohne vorhergegangene Erinnerung das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.

Gleichzeitig wird nochmals an die Bezahlung des am 30. April dieses Jahres fällig gewordenen 1. Einkommen- und Ergänzungssteuertermins erinnert.

E i b e n s t o c k , den 18. Mai 1906.

Der Stadtrat.
Hesse.

Bg.

Nr. 94 im Schankstättenverbotsverzeichnis ist zu streichen.
Stadtrat Eibenstock, den 16. Mai 1906.

Hesse.

Mrt.

Verdingung

der zum Nathausneubau erforderlichen Zimmererarbeiten. Die Unterlagen hierzu sind im Stadtbauamt gegen 1 Mark Gebühr zu entnehmen.

Als Termin zur Eröffnung der Angebote wird

Mittwoch, den 30. Mai 1906, vorm. 11 Uhr

angesezt. Die Einreichung der Angebote hat im verschlossenen, versiegelten und mit entsprechender Aufschrift versehenen Briefumschlag vor Eröffnung des vorgenannten Termins zu erfolgen.

E i b e n s t o c k , am 16. Mai 1906.

Stadtbauamt.

Jahrmarkt (nur Krammarkt)

am 25. und 26. Juni 1906

in Eibenstock.

Der am 15. dts. Mts. fällig gewesene 2. Termin der diesjährigen Gemeindefinanzen wird mit dem Bemerkten erinnert, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen vierzehntägigen Frist gegen etwaige Restanten im Wege des Mahn- und bezw. Zwangsvollstreckungsverfahrens vorgegangen werden wird.

Der Gemeinderat zu Schönheide.

Ungarische und italienische Pressfunden gegen den Dreibund.

Als die Absicht unseres Kaisers bekannt wurde, dem Kaiser und König Franz Josef in Schönbrunn bei Wien einen Besuch abzustatten, erhoben sich in Ungarn sehr unfreundliche Stimmen sowohl gegen die Person unseres Kaisers als auch gegen das Bundesverhältnis, das zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn besteht. Die Blätter der zur Regierung gelangten Koalition suchten einen Teil der Schuld an den inneren Wirren Ungarns auf das Verhalten des deutschen Kaisers und seiner Regierung abzuwälzen. Während die Unabhängigkeitspartei in ihrem Streite mit der ungarischen Krone lebhaften Beifall in der französischen Presse hervorgebracht hatte, war man in Deutschland in der Rolle des zurückhaltenden Zuschauers geblieben. Die Magyaren fühlten sich durch die stark aufgetragenen Sympathien der Pariser Presse geschmeichelt und schienen nicht zu sehen, daß man in Frankreich im Grunde nicht den Bestrebungen auf Erweiterung der Rechte des ungarischen Parlaments Beifall zollte, sondern vielmehr an der mit den Verfassungskämpfen verbundenen Schwächung der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie, des Bundesgenossen des Deutschen Reiches, Gefallen fand. Französische Blätter waren es auch, die sich eifrig an der Verbreitung jener falschen Gerüchte über geheime Einflüsse des deutschen Kaisers auf den König von Ungarn gegen die Forderung der ungarischen Kommandosprache beteiligten.

Wir machen jetzt mit der ungarischen Presse dieselbe Erfahrung, die wir mit der italienischen gemacht haben. Auf die öffentliche Meinung in Italien ist seit Jahren sehr stark, auch mit baren Mitteln von Frankreich her, eingewirkt worden. Eine ganze Reihe italienischer Blätter gab sich während des Marokkoprozesses dazu her, über die Halsstarrigkeit der deutschen Politik zu jammern und ohne Rücksicht auf die Bundespflichten Italiens Frankreich ihrer ganzen Sympathie zu versichern. Als dann in deutschen Blättern die Frage gestellt wurde, ob Italien aus dem Dreibund ausscheiden wollte, kam der öffentlichen Meinung in Italien wieder mehr und mehr zum Bewußtsein, welche Vorteile der Dreibund für Italien gewährt und welche Schwierigkeiten für das Königreich mit seinem Ausscheiden aus dem Bündnis entstehen würden. Ähnliches geschieht jetzt in Ungarn.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war kühl und nüchtern gesagt worden, es sei Sache der Ungarn selbst, zu entscheiden, ob die Auffassung ihrer Väter von der hohen Bedeutung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses ein Jactum gewesen sei. Als bald sprachen denn auch die Führer der Koalition, insbesondere Kossuth und der Ministerpräsident Weterle, ihr Bedauern über die Sprache der unverantwortlichen Meinungsmacher in der Presse und die Versicherung aus, daß Ungarn um seiner eigenen Interessen willen am Bündnis festhalte. Damit wären denn auch in Ungarn die Pressfunden wider den Dreibund gebüßt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Frage der Entlastung des Fürsten Bülow erfährt die Preussische Korrespondenz, daß in maßgebenden Kreisen der Gedanke erwogen wird, die Amtsgeschäfte des Fürsten als Präsident des preussischen Staatsministeriums durch Ernennung eines Vizepräsidenten zu erleichtern. Hierfür ist der Minister des Innern Dr. von Bethmann-Hollweg in Aussicht genommen.

— Der Reichstag nahm am Dienstag die Diätenvorlage in dritter Lesung, also definitiv unter Einfügung einer Bestimmung, welche die Ratenzahlungen anders regelt, in der Kommissionsfassung an. Ein Antrag

Gröber (3.), die Strafe für das Fehlen auf 25 Mark festzusetzen, wurde abgelehnt, so daß es bei 20 Mark bleibt, während die Regierung 30 Mark forderte.

— Der Bundesrat hat in seiner Donnerstag-Sitzung die Gesetzentwürfe betreffend die Aenderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung und die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen.

— Der Berl. „Lok.-Anz.“ schreibt: Die Ausführungsbestimmungen zu den neuen Steuergesetzen sind, wie wir mitteilen können, bereits so weit vorbereitet, daß sie unmittelbar nach der endgültigen Annahme der Gesetze im Reichstage dem Bundesrat zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden können, also Anfang Juni. Es besteht nunmehr kein Zweifel mehr, daß vom 1. Juli ab, dem allgemeinen Einführungstermin für die neuen Steuergesetze, auch die neue Fahrkartensteuer bereits erhoben werden wird.

— Die Nationalliberalen des Reichstages haben zur Reichsfinanzreform folgende Resolution eingebracht: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den vom Militärdienst Befreiten die Zahlung einer einmaligen, eventuell in Raten zu entrichtenden Abgabe nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit auferlegt wird.“

— In einem längeren Artikel anlässlich der Gefangenahme Morengas schreibt die „Köln. Ztg.“: Der Krieg zur vollständigen Veruhigung Südwestafrikas geht zu Ende, so zwar, daß, wie wir erfahren, von nun an zunächst keine weiteren Truppennachschübe in die Kolonien mehr vorbereitet werden. Dort sind in der Hauptsache nur mehr Maßregeln zur Sicherung der Farmer und Ansiedler gegen das besonders im mittleren Teil des Schutzgebietes noch vorhandene Räubergefilde durch Farmwachen und kleine mobile Abteilungen zu treffen, und der Wiederaufbau der Kolonien kann beginnen. Oberst von Deimling wird voraussichtlich im Juni noch einmal nach Deutsch-Südwestafrika reisen zur Besichtigung der dortigen Truppen und zu ihrer Ueberleitung in dauernde Verhältnisse. Man darf wohl zuversichtlich annehmen, daß alsdann Oberstleutnant von Estorf an hervorragender Stelle mit seinen großen Erfahrungen dort weiter tätig bleiben wird.

— Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus legte der neue Ministerpräsident Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst in längerer Rede sein Regierungsprogramm dar. Er stellte in erster Linie die von allen Völkern Oesterreichs mit Spannung erwartete Wahlreform in Aussicht, durch welche dem Grundsatz Geltung verschafft werden sollte, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüberstehen. Sei es einmal gelungen, aus dem Gebiete des Wahlrechts die Einigung der nationalen Parteien zu erzielen, so sei die Hoffnung gestattet, daß diese Verständigung auch auf allen anderen vom nationalen Gesichtspunkte beeinflussten Gebieten möglich sein werde, darum werde die Regierung alles daran setzen, dieser Reform zum Siege zu verhelfen.

— Rußland. Die Duma ist gegenwärtig mit der Beratung des Entwurfes einer Adresse, welche sie als Antwort auf die Thronrede des Zaren an letztem richten will, beschäftigt. Der Adressentwurf stellt nur wenige Forderungen auf, von denen man sagen kann, daß sie berechtigt seien, die weitaus überwiegende Mehrzahl der in ihm enthaltenen Wünsche und Forderungen geht vielmehr über jedes vernünftige Maß hinaus und ist einfach als heller Wahnsinn zu bezeichnen. Sie erfüllen heißt Rußland der Auflösung entgegenreiben. Nimmt daher die Duma nicht noch rechtzeitig Vernunft an, so ist der Konflikt mit der Regierung unvermeidlich, und der Beginn des konstitutionellen Regimes

in Rußland dürfte dann sehr bald auch wieder sein, wenigstens vorläufiges, Ende bedeuten.

— Wieder ist ein Bombenattentat in Warschau verübt worden, bei dem der Polizeikommissar Konstantinoff nebst drei anderen Personen getötet wurde. Soldaten gaben eine Salve ab, durch die acht Personen verwundet wurden.

— Frankreich. Die französische Maschinen-Industrie beabsichtigt die Gründung eines Arbeitgeber-Verbandes und einer Kasse zur Bekämpfung der Ausstände.

— Türkei. Bei Grevena hat ein Ueberfall durch eine griechische Bande stattgefunden, wobei 60 Rumowalachen und 12 Soldaten getötet, 14 Soldaten verwundet und eine Anzahl Frauen entführt wurden. Zur Verfolgung der Bande sind mehrere größere Truppenabteilungen entsandt worden.

— China. Die japan. Presse verbreitet eine Meldung aus Peking, in der es heißt, es verlautet, daß zwischen England und China ein Vertrag über die Rückgabe von Weihaiwei abgeschlossen worden sei. Der Vertrag bestimme: China macht Weihaiwei zu seiner Flottenbasis und darf es nicht als Sicherheit oder als Pachtung einer anderen Macht übertragen. China erstattet die von England in Weihaiwei aufgewandten Beträge zurück und hält zum Schutze der Eingeborenen und Fremden in Weihaiwei Truppen.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Dresden, 16. Mai. Das Dresdner Residenzschloß wird demnächst einen neuen kostbaren Schmuck erhalten, und zwar ein riesiges Bild aus Meißner Porzellan, das den bekannten Fürstenzug darstellt und das an die Stelle des arg beschädigten Sgraffitogemäldes an der Front des Schloßes in der Augustusstraße angebracht werden soll. Das Bild wird aus lauter quadratischen Porzellanstücken oder Fliesen bestehen, die eng aneinander gefügt, das Gemälde darstellen werden. Der Fürstenzug nimmt bekanntlich die ganze Schloßfront in der Augustusstraße vom Eingange zum Jagdhaus bis zum Georgenbau ein und ist über 100 Meter lang und 5 Meter hoch. Da die einzelnen Teile des Kolossalgemäldes nunmehr in der Meißner Manufaktur fertiggestellt sind, so soll demnächst mit der Einsetzung des Gemäldes begonnen werden.

— Zittau. Am Dienstag wurde der Oberlehrer Ludwig, welcher in seiner Eigenschaft als Kassierer des Lehrerdarlehns- und Vorschußklassenvereins etwa 23000 M. unterschlagen hat, von der Strafkammer des Landgerichts Baugen zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

— Freiberg, 16. Mai. Wegen verübten Mordes und Freiheitsberaubung, begangen an ihrer Stieftochter, wurde heute die Tischlersehefrau Marie Steller vom hiesigen Schwurgericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

— Zwickau, 15. Mai. Strafkammer III. Gegen den vielfach vorbestraften Handarbeiter C. E. aus Eibenstock, der vom Amtsarzt wegen Tuberkulose beanstandetes Fleisch aus dem Schlachthause eines dortigen Fleischers entwendet hatte, erkannte man unter Annahme mildernder Umstände auf 3 Monate Gefängnis, wovon 2 Wochen als für verbüßt angesehen wurden.

— Hohenstein-Ernstthal, 16. Mai. Einem jungen Afrikakrieger, dem Reiter Reinhardt Göpfert von hier, wurde von Sr. Maj. dem Kaiser das Militärehrenzeichen 2. Klasse für seine dem Vaterlande geleisteten treuen Dienste verliehen. Göpfert machte im Herero-Kriege die größten Gefechte mit und wurde dabei dreimal verwundet.

— Willkau, 16. Mai. Schrecklich verunglückt ist der Hüttenarbeiter Rau von hier, der im Martinwerk der Königin Marienhütte in Gainsdorf mit dem Reinigen eines Generatorenblockes beschäftigt war, wobei der brennende Koh-